

1922. 2766

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Verkaufspreis: monatlich 400 M. einh. Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Biebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 8 Spaltenzeile ober deren Raum 40 M. Reklamzeile 100 M.

N 1

Dienstag, den 2. Januar 1923.

Postfachnummer 18114

17. Jahrgang

Die Rede des Reichstanzlers in Hamburg.

Hamburg, 1. Januar. In einer Versammlung des „Ehrbaren Kaufmanns“ zu Hamburg hielt der Reichstanzler Dr. Cuno am Silvester folgende Rede:

Meine sehr geehrten Herren! Ein der Rede vom alten zum neuen Jahre demüthet ich gerne die mir freundlich gebotene Gelegenheit, in diesem ehrwürdigen Hause über die großen Sorgen, die uns allerwärts bewegen, zu sprechen, in einem Kreise, dessen Arbeit der Wirtschaft Deutschlands und ihrer Verbindung mit der Welt gewidmet ist. Aus diesem Grunde haben wir vor einigen Tagen gehört, daß Hamburg die Brücke sei zwischen Amerika und Deutschland. Ich nehme dieses Wort gerne auf, aber was am stärksten diese Verbindung trägt, nicht nur mit den Vereinigten Staaten, sondern mit der ganzen Erde, das ist nach dem Sinne jenes Wortes nicht die Stadt, sondern ihr Geist, der Geist des „ehrbaren Kaufmanns“. Diesen Geist zeigen die Verhandlungen, die die Wirtschaft hier in Hamburg pflegen nach den Methoden, die aus ihm fließen und die durch fünf Jahrhunderte und doch glückliche und wertvolle Jahrzehnte des Wiederaufbaus der Hamburg beherrschen. In diesem Geiste gedenke ich die Verhandlungen des Reiches zu führen, um dem Reich und unserem Volke zu dienen und zugleich der Annäherung eines wahren Friedens der Völker, zu dem dieser Vorabend eines neuen Jahres besonders mahnt. Dieser Friede kann nur erreicht werden, wenn alle Völker sich entschlossen auf den Boden der Wirklichkeit stellen.

Das gilt vor allem auch für das Reparationsproblem. Mein hauptsächlichster Standpunkt zu diesem Problem ist Ihnen aus meiner Rede im Reichstag bekannt. Sie wissen weiter, daß die neue Regierung vom ersten Tage an mit allen Kräften daran gearbeitet hat, eine Lösung des Problems zu finden, die von uns getragen und von der Gegenpartei angenommen werden kann. Wir stehen vor einem Problem, das unendlich und nur schwer ist, wenn alle Beteiligten sich entschließen, die Dinge so zu nehmen und zu lösen, wie sie sind. Schmerzlich wird ein billiger, der Mensch es der neuen Regierung verzeihen, in sie für die Zukunft des Reiches, um die sie die prominenten Staatsmänner und hervorragenden Wirtschaftsanwälte der Welt seit vier Jahren vergeblich bemühen, keine jeder Kritik entrückte Lösung in kurzen oder Wochen zu finden vermochte. Was wir vom Standpunkt des „ehrbaren Kaufmanns“ bieten können, läuft Gefahr, von der Welt als unzureichend zurückgewiesen zu werden, und was weit genug ging, um das Wohlgefallen der Welt zu finden, entfernt sich in gleichen Maße von der Grundlage kaufmännischer Ehrlichkeit. Dabei ist zu beachten,

daß die richtig verstandene Leistungsfähigkeit Deutschlands sich aus den finanziellen und wirtschaftlichen Faktoren ergibt.

So kann auch die Lösung nicht lediglich eine bank- und finanztechnische sein, sondern nur in einem nachschlagbaren Zusammenhang finanzieller Leistungsfähigkeit und wirtschaftlichen Vermögens stehen. Rechtlich und tatsächlich ist die Frage der Leistungsfähigkeit entscheidend. Rechtlich sind nach dem Vertrag von Versailles die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands die Maßgabe für den Umfang der Verpflichtungen Deutschlands, tatsächlich, weil eine Ueberforderung der Leistungsfähigkeit zur Vernichtung und zur Zerschmetterung der Substanz und der künftigen Leistungsmöglichkeiten führen muß, nie aber zu einer Steigerung der Leistungen führen kann.

Sein Amt hat die Regierung habe ich im Reichstag auf die Reue hingewiesen, die von unparteilicher ausländischer Seite über die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit vorliegen. Nur die richtigen dieser Erklärungen habe ich hervorzuheben allen ist das Gekündete bekannt, das das internationale Urtheil in Paris nach einer ein wirtschaftlichen Prüfung der Sachlage im Juni dieses Jahres der Reparationskommission erteilt hat. Dieses Urtheil ist nach meiner Ueberzeugung das Beste und Beste, was über die Reparationsfrage geschrieben ist und sollte die Magna Charta, den Rathschluß für alle künftigen Erörterungen und Untersuchungen des Reparationsproblems bilden. Der kurze Sinn dieses denkwürdigen Dokumentes ist, daß Deutschland aus eigenen Mitteln die ihm zugewiesenen Reparationsleistungen nicht tragen kann, daß es dazu vielmehr an den internationalen Kapitalmarkt appellieren muß, daß ein solcher Appell aber nur dann Erfolg verspricht, wenn die Schuldsumme aus dem vorderen Ultimatum auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wird, die Reparationsfrage geregelt und Europa von dem

Gegensatz des Zwangs- und Gewaltmaßnahmen befreit wird. Nicht weniger bedeutungsvoll sind die hiermit überreichte

stimmenden Gedankengänge der Gutachten, die Anfang November, die beiden Gruppen internationaler Sachverständiger in Berlin nach eingehender Prüfung aller tatsächlichen Verhältnisse erstatteten. Sie sind überdies einig darin, daß jeder Versuch zur Stabilisierung der Welt scheitern muß, solange Deutschland nicht für einige Zeit von den Zahlungen aus dem Vertrag von Versailles entlastet wird.

Die Verbindung des Gedankens einer endgültigen Lösung mit dem Gedanken von Anleihen registriert auch die Rolle der Reichsregierung vom 14. November 1922 und die Vorschläge, die ich dem englischen Ministerpräsidenten als dem Vorklängen der Anfang Dezember in London tagenden Premierministerkonferenz unterbreitet habe. Diese Vorschläge sind dazu bestimmt, der endgültigen Lösung der Reparationsfrage die Wege zu ebnen. Heute handelt es sich darum, auf diesem Wege weiterzugehen, denn die weiteren Erörterungen und die neuen Untersuchungen haben uns in der Erkenntnis bekräftigt: Deutschland braucht, um leisten zu können, internationale Anleihen, aber Deutschland hat nur dann Aussicht auf solche Anleihen, wenn seine Leistungsfähigkeit endgültig festgestellt ist. Das Ziel unserer Arbeit ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzustellen und Mittel und Wege zu finden, um diese Leistungsfähigkeit für die endgültige Lösung der Reparationsfrage nutzbar zu machen. Das ist in enger Fühlung mit den Verleihen und Kräften des Wirtschaftslebens geschehen.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, kann ich Ihnen, meine Herren, nicht verschweigen, daß das erneut gewonnene Bild von dem noch verbliebenen Rest unserer Leistungsfähigkeit trübe ist. Das kann die Welt nicht wundern, daß doch die Reparationskommission selbst am 31. August 1922 einstimmig die deutsche Zahlungsunfähigkeit anerkannt. Zur Regelung bedarf es wirklich nicht der Unterstellung, die wir uns selbst wiederholen mußten: daß Deutschland sich als Schuldner selbst sozusagen ruiniert habe, um sich von der Reparationszahlung zu befreien. Es ist wahr, daß unsere deutsche Wirtschaft bedeutende Verluste des Ruins zeigt. Es ist wahr, wenn unser Ackerboden nicht mehr so bestellt und gebüngt ist wie vorher, wenn wir für die Volksernährung keine neuen Häuser bauen, die Menschen zusammenpersuchen und die allen Häusern zu Schaden kommen lassen müssen, wenn unsere Industrie die höchsten Betriebsmittel zum größten Teil verloren hat und ihre Renten, in Goldmark ungeredet, überhaupt nicht mehr Gewinn zu nennen und ohne Kapitalbildende Kraft sind. Aber wenn gesagt worden ist, daß ein solcher Ruin von uns angestrebt worden sei, um Deutschland leistungsfähig zu machen, glaubt wirklich jemand im Ernst, daß Deutschland, nur um seine Gläubiger zu schädigen, Selbstmord begeht? Die Wahrheit liegt anders aus. Der schwerste und unglücklichste Krieg der neueren Geschichte hat uns wertvolle Bestandteile nationaler Gebiets und des Volkvermögens abgenommen. Seine Folgen haben eine tiefergehende Zerschüttung unserer Wirtschaft über uns gebracht. Schlimmer noch als dies:

der Versailles Vertrag hat Deutschland von der wirtschaftspolitischen Gleichberechtigung der Handelsvölker ausgeschlossen.

Seiner Wirtschaft den festen Boden entzogen, unsere Währung zerrüttet und unsere Wirtschaft die Möglichkeit klarer Dispositionen genommen.

Und trotz alledem haben wir in den letzten Jahren Leistungen an die Gegenseite durchgeführt, wie sie größer ein Bild in der neueren Geschichte als Kriegserlösbildung nie getragen hat. Aber richtig bleibt: unsere Leistungsfähigkeit ist im Streit befangen. Was wir für ein kaum noch erträgliches Opfer halten, das uns entgegen dem ungeschriebenen Recht unseres Volkes und nach den Bestimmungen des Vertrages aus Leben geht, wird hinter den Erwartungen selbst der ehrlich auf eine praktische Lösung Bedachten auf der anderen Seite zurückbleiben. Wer von beiden hat Recht? Wo ist der unparteiliche und untergeordnete Wertmesser der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft? Am Leben des Einzelnen ist das Spiegelbild seiner Leistungsfähigkeit sein Kredit; im Leben der Völker ist dies nicht anders. Unsere Leistungsfähigkeit kann am besten gemessen werden an dem Kredit, den die Finanzwelt Deutschland zu gewähren bereit ist, und an dem Maße, in dem die internationalen Sachverständigen die Ernsthaftigkeit ihres Votums durch die Bereitschaft zu bekräftigen entschlossen sind, die von ihnen als aufbringlich bezeichneten Summen in der Form internationaler Anleihen auf sich zu nehmen und ihrer Rückzahlung anzuhängen. Kein Gläubiger der Welt aber wird Deutschland Kredit gewähren, ehe die Leistungsfähigkeit Deutschlands so bestimmt umschrieben ist, daß er über die Grundlage seines Kredits ein völlig klares Bild hat. Neben diesen Notwendigkeiten, die für Deutschland wie für seine Gläubiger gelten, steht das Bedürfnis, vor allem Frankreich, sofort mit einer bestimmten Summe rechnen zu können. Nach diesem Bedürfnis haben wir mit unseren Vertragsgegnern gemeinsam; denn wir brauchen gleichfalls bestimmte Größen für die Gegenwart und zur Berechnung unserer nationalen Wirtschaft. So

sind wir entschlossen, eine feste erste Summe auf uns zu nehmen; wir sind bereit, diese feste Summe in Anleihen durch Vermittlung eines internationalen Finanzkonföderations auszubringen und soweit dies im Anleihenwege nicht gelingt, sind uns Billigungsquoten zu bezahlen. So nach dem Urteil der Welt die deutsche Wirtschaft zerrüttet, zermürbt und verarmt, für die nächsten Jahre unbedingt der Hilfe bedarf, soll der Betrag, der für den Dienst der Anleihe in den ersten Jahren erforderlich ist, aus dem Ertrag der Anleihe selbst gedeckt werden, um der deutschen Wirtschaft eine Zeit der Erholung und Gesundung zu gönnen. Auch der hiervon erhoffte Aufschwung unserer Wirtschaftskraft soll der Gegenseite zugute kommen. Darum machen wir uns anhektig, bis zu begrenzter Höhe durch Vermittlung des gleichen Konföderations weitere Anleihen aufzulegen, wenn und soweit das Konföderation dies für möglich hält. Eine solche Regelung der Finanzzeiten der Frage würde zugleich den Weg für die Durchführung der wirtschaftlichen Reformen ebnen, die in ihrer Auswirkung einen wesentlichen Teil des Gesamtproblems bilden. Denn so würde die Grundlage dafür geschaffen werden, daß die aufeinander angewiesenen Industrien Europas, namentlich die Frankreichs und Deutschlands, zu langfristigen Ausgleich ihrer Interessen mit dem Endziel höchstmöglicher Produktivität zusammenarbeiten. Zu einer solchen Kompensation sind die deutschen Wirtschaftskreise bereit. Wir sind uns der schweren Verantwortung bewußt, die in dem Ihnen im Umriss vorgetragenen Vorschlag liegt. Aber wir nehmen sie auf uns, weil der Weg, den wir damit gehen, uns zunächst aus dem Sumpf des gegenwärtigen Wirtschaftszustandes ausführt, aber festen Boden führen wird. Von ihm aus können und werden wir mit aller Kraft daran gehen, die Welt wieder zu einem festen Wertmesser zu machen und das Budget wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dann wird Sparsamkeit wieder Sinn haben, Fleiß und kaufmännische Berechnung wieder ihre alte Form gewinnen, die Arbeit eines Lebens wieder festhalten und unsere Wirtschaft wieder gesund und glücklich werden.

Wir nehmen diese schwere Verantwortung einer solchen Lösung vor allem deshalb auf uns, weil am Ende des Weges, den wir gehen wollen, die Freiheit des deutschen Volkes steht. Diese Ueberzeugung wird in unserem Volke in allen Schichten und Gewerbeständen die letzte Kraft auslösen, für die Freiheit zu arbeiten und Opfer zu bringen, Opfer des Besitzes, Opfer der Arbeit.

Opfer und Arbeit für jeden nach dem Maße seiner Kraft.

Die Reichsregierung weiß, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands, namentlich der Industrie und der Bankwelt, trotz der sorgenvollen Frage, ob die Grenze unserer Leistungsfähigkeit nicht schon überschritten sei, entschlossen sind, die Regierung bei der Durchführung ihres Vorschlages zu unterstützen. Nur so ist es dem Reich möglich, die ganze Kraft der Wirtschaft auf der Seite des Staates für dieses Ziel zu sammeln.

So wird die Reichsregierung in der Lage sein, einem internationalen Konföderation jede nennenswerte Sicherheit einzuräumen. Die Bestimmung dieser Sicherheiten im einzelnen ist Verhandlungen vorbehalten. Zur Wahrung auf diesen Verhandlungen und zur Uebernahme der Garantie ist die deutsche Wirtschaft bereit. In der Stärke des Staates, in der Kraft der Wirtschaft im Staate und in dem Willen zum Staate liegt die wertvollste Bürgschaft zur Einlösung der Unterpflicht, die die deutsche Reichsregierung geben will. Sie kennen mich gut genug, daß ich keine Unterpflicht geben werde, zu deren Einlösung nach den gegebenen Verhältnissen sich der Partner, den ich zu vertreten habe, nicht fast genug fähig. (Beifall.) Doch kommt hierzu noch ein anderes: Wir müssen gleichzeitig unserer Wirtschaft, um sie für die ungeheure Last tragfähig zu machen, die freie Bewegung ihrer Kräfte nach Möglichkeit wieder geben und werden in der künftigen Gesetzgebung und Verwaltung viel mehr als bisher das Ziel des höchsten Leistungsgrades der Wirtschaftskraft voranstellen. Ich brauche hier die Einzelheiten nicht zu wiederholen, in meiner Reichstagsrede habe ich in Aufzählung an die Rolle der früheren Reichsregierung vom 14. November hierüber Rückschlüsse gegeben. Ein wirklicher Erfolg dieser Bemühungen ist nur dann möglich,

wenn eine endgültige Regelung des Reparationsproblems nennenswerte Erfolg.

Diese endgültige Lösung verlangt die Vereinigung aller Kräfte. Aber dann ist es auch notwendig, daß alle Kräfte nur auf diesen Wirtschaftspfad der Reparationen vereinigt werden, ohne Nebenlasten und Nebenleistungen. Das ist die Voraussetzung für die praktische Ausführbarkeit des Vorschlages. Darum muß die endgültige Lösung der Reparationsfrage diesen Wirtschaftspfad umfassen, ohne die anderen Kräfte aus dem Vertrag zu erlösen. Sie muß der deutschen Regierung die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung wiedergeben. Sie muß den Abbau der Befragung der deutschen Völker am Rhein bringen, wenn nicht aus tief empfundenen seelischen und künftigen Gründen, so schon deshalb, damit sich die täglich mehrenden un-

produktiven Kräfte und alle die Hemmungen, die für unsere deutsche Wirtschaft dort liegen, endlich verschwinden. Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort müssen geräumt werden. Die endgültige Lösung muß die Abgabe sein an jede Politik von Sanktionen und Retorsionen, von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen. Ist es doch auch kein Verzicht auf die Rechte, die der Vertrag von Versailles der Gegenseite gibt, wenn anerkannt wird, daß keine Bestimmung des Vertrages den Zugriff auf deutsches Privatvermögen, aber auch nicht den Zugriff auf deutsches Staatsvermögen freizigelt und kein Verstoß Deutschlands die Vertragsgegner zu militärischen Maßnahmen berechtigt.

Das, meine Herren, ist in den Umrissen gezeichnet im großen und ganzen die sachliche Lösung des großen Problems, die wir für möglich halten und für die wir die Kraft unserer Wirtschaft einsetzen wollen. In London kam es nicht zu Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland. Nur in Verhandlungen aber — ich komme immer wieder auf diese Methode zurück, weil von ihr die Erreichung des Zieles abhängt — nur in offener Aussprache vom Mann zu Mann kann eine Lösung gefunden werden. Das Schicksal unserer bisherigen Vorschläge hielt uns ab, schon heute ohne Aussicht auf Verhandlungen unsere neuen Vorschläge der Gegenseite in allen Einzelheiten zu unterbreiten. Dagegen haben wir sie erlucht, einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, der in Paris zusammengetretenen Konferenz unseren Vorschlag als Antrag der Reichsregierung christlich vorzulegen und mündlich zu erläutern. Hoffen wir, daß die von uns gewünschte sachliche Aussprache nicht durch Entschlüsse der Gegenseite vereitelt wird, die nicht nur über Deutschland, sondern über ganz Europa unabsehbare Unheil bringen würden. Für die Pöbelpolitik, von der in der Presse der Gegenseite so viel die Rede ist, für eine solche Politik ist kein Raum. Wer trotzdem solche Pöbelpolitik heizt, hat nicht wirtschaftliche, sondern politische Ziele im Auge.

Jede politische Pöbelpolitik bedeutet den Tod aller wirtschaftlichen Reparationen.

(Beifall.)

Aber nicht wir allein, sondern auch die andern erkennen die Erfolglosigkeit solcher Zwangsmaßnahmen und die erste Gefahr, die in ihnen liegt. Vor meiner Abreise nach Hamburg habe ich in der Presse die Rede gelesen, die Staatssekretär Hughes in der historischen Gesellschaft in Newhaven gehalten hat. Er hat danach von hoher Warte die Unlösbarkeit des Zusammenhangs beleuchtet, durch den das Schicksal Europas mit den Problemen der Reparationen verflochten ist. Da der offizielle Wortlaut mir noch nicht vorliegt, muß ich es mir erlauben, zu seinen Ausführungen und Vorschlägen im Einzelnen Stellung zu nehmen. Aber soweit kann ich jetzt schon sagen, daß die Gedankengänge des amerikanischen Staatsmannes sich nahe mit unserer Auffassung berühren und mit ihnen aufrichtigste und ernsthafteste Beachtung wünschen. Sie werden, meine Herren, den Eindruck gewonnen haben, daß wir getan haben, was immer in unserer Kraft liegt, um den materiellen Ansprüchen der anderen Seite Rechnung zu tragen. Aber wir haben uns gefragt, ob nicht, besonders um unseren bedrängten Weltgenossen am Rhein zu helfen und zur Befreiung ihrer Befreiung noch mehr geschehen sollte. In Frankreich wird die Notwendigkeit der Befreiung des Rheingebiets auch mit der Beförderung vorergriffen Abzügen Deutschlands begründet.

Diese Beförderung ist irrig!

Um den Beweis hierfür zu liefern, haben wir die französische Regierung durch Vermittlung eines dritten Raat wissen lassen, daß Deutschland bereit ist, mit Frankreich und anderen am Rhein interessierten Großmächten sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht für ein Rentenalter, also ein Mehrfaches der im Vertrag von Versailles vorgeschlagenen Beförderung, freiwillig zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung gegen einander keinen Krieg zu führen. Eine solche Verpflichtung würde alle beteiligten Völker statt auf den Krieg auf den Frieden einstellen und dabei den Siegerstaaten jede Friedensgarantie bieten. Zu meinem Bedauern muß ich mitteilen, daß Frankreich dieses Anerbieten abgelehnt hat. Am Ende des alten Jahres stehen wir vor der Frage, ob die Politik der Gewalt zu Grabe getragen werden und das neue Jahr wirklich den Frieden bringen soll, den Europa und die ganze Welt dringend brauchen, den wirklichen Frieden, zu dem Seine Heiligkeit der Papst in seiner erhabenen Weisheit die Völker der Erde aufruft, wofür ihm tiefempfundener Dank gesagt sei.

Wir glauben nicht besser als auf dem von uns betretenen Wege an die Erreichung dieses hohen Zieles mitarbeiten zu können. Daß das neue Jahr uns hierzu verhelfen wird, diese Wirklichkeit zu schaffen, hoffen wir alle. Aber nicht mit eingeführten Worten der Hoffnung möchte ich schließen, sondern mit einem Worte des Entschlusses, zu dem ich alle Völker befehle: Wir alle wollen uns ohne Vorurteil und ohne Angst, wenn wir uns in der Nähe der Wahrheit befinden, wenn keine neuen Entwürfe der-

